

Winfried Weck **Das erste
Regierungsjahr
des peruanischen
Präsidenten Alejandro
Toledo – eine
ernüchternde Bilanz**

Zwei Hauptgründe für diese fatale Vertrauenskrise sind leicht auszumachen: Die umfangreichen und vielfach unrealistischen Wahlkampfversprechen, die der auf Ehrlichkeit und Ehrbarkeit bedachte Kandidat Toledo abgegeben hatte, fordern nun ihren Tribut. Schon bald erwiesen sich viele dieser Versprechen als nicht umsetzbar oder als unvereinbar mit der generellen Regierungspolitik. Zweitens: Toledo hat sich häufig genug als Führungsschwach und unfähig erwiesen, unpopuläre, aber notwendige Entscheidungen konsequent durchzusetzen, wenn er nicht schon zuvor daran gescheitert war, sie überhaupt zu fällen.

Mit einer umfassenden Kabinettsumbildung versucht Toledo nun, das verlorene Terrain bei den enttäuschten Massen wiederzugewinnen. Schon seit Wochen wird allgemein ein drastischer Personalwechsel gefordert. Daher erstaunte es nicht, dass der Staatspräsident Mitte Juli, nur wenige Tage nach dem unwiderruflichen Rücktritt von Außenminister Diego García Sayán, eine neue Regierungsmannschaft mit immerhin sieben neuen von insgesamt 15 Ministern vorstellte. Die kurze Zeitspanne, die Toledo für diese personelle Umstrukturierung benötigte, ist Indiz genug, dass es sich hierbei um ein Manöver mit Vorlauf und Bedacht gehandelt hat.

■ **Die Juni-Ausschreitungen
in Arequipa: klares Signal
für den Personalwechsel**

Die seit Monaten um sich greifende Unzufriedenheit der peruanischen Bevölkerung mit dem Staatspräsi-

Den 28. Juli eines jeden Jahres begeht Peru in der Regel recht feierlich, handelt es sich doch um den Unabhängigkeitstag des Andenlandes. In Wahljahren wird an diesem Tag zudem – so will es die Verfassung – der neu gewählte Präsident ins Amt eingeführt, was zuletzt im vergangenen Jahr erfolgte. Dem enthusiastischen Start des neuen Staatspräsidenten Alejandro Toledo und seiner Regierungsmannschaft folgten aber schon bald die ersten kritischen Stimmen, was sich wenig später auch in den Meinungsumfragen niederschlug. Sprachen dem ersten Präsidenten Perus mit indianischer Abstammung drei Monate nach seinem Amtsantritt noch stattliche 60 Prozent der Bevölkerung das Vertrauen aus, so ist die Anhängerschaft genau ein Jahr nach der Regierungsübernahme auf 15 bis 18 Prozent zusammengeschmolzen.

■ Die seit Monaten um sich greifende Unzufriedenheit der peruanischen Bevölkerung mit dem Staatspräsidenten und seiner Regierung hatte im Juni mit den gewalttätigen Ausschreitungen in Arequipa und anderen Städten im Süden des Landes einen Höhepunkt erreicht. Die eigentliche Ursache der Krawalle bestand darin, dass sich die Regierung und ihr Chef wieder einmal über einst gegebene Zusagen hinwegsetzten.

den und seiner Regierung hatte im Juni mit den gewalttätigen Ausschreitungen in Arequipa und anderen Städten im Süden des Landes einen Höhepunkt erreicht. Die eigentliche Ursache der Krawalle bestand darin, dass sich die Regierung und ihr Chef wieder einmal über einst gegebene Zusagen hinwegsetzten. In diesem Falle handelte es sich um die angestrebte Privatisierung des regionalen Energieunternehmens Egesa in Arequipa, der mit einer Million Einwohnern zweitgrößten Stadt des Landes. Ein Jahr zuvor hatte der Kandidat Toledo noch versichert, unter seiner Regierung werde im Rahmen der umfassenden Privatisierungsvorhaben das Stromunternehmen auf jeden Fall ausgespart. Schon im Haushalt des laufenden Jahres wurde allerdings die Verkaufssumme des Unternehmens unter der Rubrik Privatisierungserlöse auf der Einnahmenseite eingeplant. Die Privatisierung sollte zügig und ohne weitere Verzögerungen vorangetrieben werden. Doch die politische Linke des Landes, die eine zwar unauffällige, aber permanente und offensichtlich erfolgreiche Kampagne gegen die gesamte Privatisierungspolitik betreibt und hierbei besonders bei den armen Bevölkerungsschichten auf offene Ohren stößt, konnte auch in Arequipa mit demagogischen Parolen bis zu vierzigtausend Protestierende mobilisieren. Unter Hinweis auf die Machenschaften des Fujimori-Regimes wurde dabei als Hauptargument angeführt, dass das peruanische Volk sich gegen den Ausverkauf des nationalen Eigentums zugunsten einer kleinen Machtclique wehren müsse.

Die Arequipeños, seit je berühmt, ja berüchtigt für ihre zivilgesellschaftliche Militanz, ließen sich nicht zweimal bitten: Innerhalb weniger Tage verwandelte sich das historische Zentrum in ein Schlachtfeld, der Flughafen wurde besetzt und die Hauptniederlassung der bereits von Fujimori privatisierten und von der spanischen Telefónica gekauften Telefongesellschaft in Trümmer gelegt. Die Regierung mobilisierte daraufhin die Armee, rief den Ausnahmezustand aus und entsandte wenige Stunden später eine hochrangige Ministerdelegation mit dem Auftrag, eine Vereinbarung auszuhandeln. Nach sieben Tagen der Gewalt, zwei Toten (einem Polizisten und einem Demonstranten) und einem Sachschaden von etwa 30 Millionen Euro unterschrieben die Ministerdele-

gation einerseits und Vertreter sowohl der Stadt als auch der in den Streik involvierten regionalen Organisationen andererseits die sogenannte Deklaration von Arequipa. In ihr wurde vereinbart, die Rechtmäßigkeit der Privatisierungen gerichtlich prüfen zu lassen. Die gerichtliche Entscheidung solle dann von beiden Seiten definitiv anerkannt werden.

Die politischen Auswirkungen dieser gewalttätigen Krise waren schnell auszumachen: Nicht nur, dass Innenminister Fernando Rospigliosi von seinem Amt zurücktrat. Auch Justizminister Fernando Olivera, der Führer des kleinen Koalitionspartners Frente Independiente Moralizador (FIM), konnte nur durch einen privaten Besuch des Staatspräsidenten und der halben Ministerriege vom gleichen Schritt abgehalten werden. Zudem waren die Machtkonstellationen im Kabinett selbst ins Wanken geraten: Der bis dato unangefochten regierende neoliberale – von einigen Medien treffend als „die Falken“ bezeichnete – Flügel um Premierminister Roberto Dañino und Wirtschaftsminister Pedro Pablo Kuczynski musste mit der Übereinkunft von Arequipa eine derart deutliche Brückierung seiner Wirtschaftspolitik hinnehmen, dass schon im Juni mit einem baldigen Rückzug dieser beiden international anerkannten Wirtschaftsexperten aus der peruanischen Regierung gerechnet wurde.

Auf den Punkt gebracht wurde die damalige Situation von einem nicht namentlich genannten Berater aus dem Präsidentenumfeld: Premierminister Dañino regiere nicht mehr. Er habe jeden Rückhalt verloren. Übrigens eine sehr bezeichnende Äußerung, denn regieren sollte laut Verfassung nicht der Premierminister, sondern der Staatspräsident.

■ Die Auswirkungen der ersten Kabinettsumbildung im Januar 2002

Doch die Regierungskrise nahm nicht im Juni ihren Anfang, sondern bereits fünf Monate vorher und damit nur ein halbes Jahr nach der Amtseinführung von Perus neuem Staatspräsidenten und seinem Kabinett. Am 17. Januar gab Alejandro Toledo die erste Entlassung dreier Minister bekannt. Dieser an und für sich normale Vorgang in demokratisch legitimierten Regierungen öffnete im Falle Perus tiefe Einblicke in das

■ Die Regierungskrise nahm nicht im Juni ihren Anfang, sondern bereits fünf Monate vorher und damit nur ein halbes Jahr nach der Amtseinführung von Perus neuem Staatspräsidenten und seinem Kabinett. Am 17. Januar gab Alejandro Toledo die erste Entlassung dreier Minister bekannt.

■ **Mit der Demission von Verteidigungsminister David Waisman, Gesundheitsminister Luis Solari und der Ministerin für Frauen und menschliche Entwicklung, Doris Sánchez, entließ Toledo drei Ressortchefs, die schon mehrere Wochen – wenn auch aus höchst unterschiedlichen Gründen – als Wackelkandidaten gegolten hatten.**

aktuelle politische Geschehen, insbesondere hinsichtlich des Zusammenwirkens zwischen der Regierung, der Parlamentsfraktion und der Partei Alejandro Toledo.

Mit der Demission von Verteidigungsminister David Waisman, Gesundheitsminister Luis Solari und der Ministerin für Frauen und menschliche Entwicklung, Doris Sánchez, entließ Toledo drei Ressortchefs, die schon mehrere Wochen – wenn auch aus höchst unterschiedlichen Gründen – als Wackelkandidaten gegolten hatten. Wurde Waisman – der zudem die gewählte Funktion des zweiten Vizepräsidenten innehat – Führungsschwäche bei der Umsetzung der Streitkräftereform und mangelndes Durchsetzungsvermögen gegenüber einer traditionell starken Generalität vorgeworfen, brachte sich Doris Sánchez durch die Anstellung von Familienmitgliedern in höheren Ministerialjobs ins Gerede und dann um ihren Ministerstuhl; ein Verhalten übrigens, das angesichts der gesteigerten Sensibilität der peruanischen Öffentlichkeit gegenüber Korruption nach den kriminellen Machenschaften der ehemaligen Fujimori-Montesinos-Regierung wirklich nicht von politischem Feingefühl zeugte. Anders gestaltete sich die Sachlage bei Gesundheitsminister Dr. Luis Solari. Er brachte als Internist ein hohes Mass an Sachverstand und als Generalsekretär der Regierungspartei Perú Posible (PP) genügend organisatorische Fähigkeiten ein, sein Ministerium zu führen. Ihn bat Toledo ausdrücklich, künftig seine ganze Kraft dem Aufbau der Partei zu widmen. Außerdem sollte mit der Entlassung der Minister, die alle drei zum engen Kreis der Mitbegründer der Regierungspartei gehören, laut offizieller Version die PP-Fraktion im Kongress gestärkt werden. Diese stellt zwar die größte Fraktion im peruanischen Kongress, verfügt mit 44 von 120 Sitzen jedoch bei weitem nicht über die absolute Mehrheit. Indes wurde die sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit umstrittene Entlassung Solaris als Symbol für die tiefen ideologischen Gegensätze im Kabinett aufgefasst, während die Entfernung von drei Gründungsmitgliedern der Regierungspartei aus dem Kabinett allgemein als Entmachtung der Partei gegenüber der Regierung gewertet wurde. Obwohl keiner der drei neu ernannten Minister zum neoliberalen Spektrum gehörte, konnte den-

noch diese Gruppe um den Ministerratsvorsitzenden Roberto Dañino mit der Regierungsumbildung ihre Vormachtstellung im Kabinett ausbauen. Zum einen wurde so der Einfluss der Regierungsparteivertreter auf die Entscheidungen des Staatspräsidenten auf ein Minimum reduziert. Auf der anderen Seite entledigte Dañino sich mit der Demission Solaris seines größten Widersachers im Kabinett.

Solari, der sich zu einer offiziellen Visite in Kolumbien befand, als ihn der Staatspräsident telefonisch (!) über seine Entlassung informierte, ließ sich aufgrund seiner unerschütterlichen Loyalität zu Toledo dann auch nur in der ersten Aufwallung zu einer negativen Äußerung über den Ministerratsvorsitzenden Dañino hinreißen. Schon tags darauf erklärte er der Presse, die Entscheidungen des Staatspräsidenten seien richtig und er hätte an seiner Stelle genauso gehandelt. Ex-Verteidigungsminister Waisman indes, der sich auch öffentlich nur schwer von seinem Amt trennen konnte, zeigte sich zutiefst enttäuscht von „seinem Freund“ Toledo und bezichtigte Dañino der Hetze und des Verrats.

■ Die politischen Konjunkturschwankungen der Regierungspartei Perú Posible

Das andere Ergebnis der ersten Kabinettsumbildung, die „Entmachtung“ der Regierungspartei Perú Posible, erfordert eine differenzierte Betrachtung. Denn genauer gesagt handelte es sich um die alten Mitstreiter Toledos, die aus dem engeren Zirkel der Macht ausgeschlossen wurden. Tatsächlich hat sich die Gruppe der „Neuen“ auch in Perú Posible selbst zum entscheidenden Machtfaktor entwickelt. Carlos Bruce beispielsweise, seines Zeichens Minister im Präsidentschaftsamt, war während des Wahlkampfes im vergangenen Jahr sozusagen im letzten Moment auf den in voller Fahrt vorbeirauschenden Toledozug aufgesprungen und bewarb sich im Rahmen der innerparteilichen Wahlen im März erfolgreich um den Posten des Generalsekretärs der Partei. Aus den 5000 Toledogetreuen von einst sind im Verlauf des Wahljahres 2001 immerhin 400 000 Parteimitglieder geworden. Wenn auch die meisten Zugänge einzig aus dem Grund erfolgten, dass sie im Falle eines Siegs von Toledo mit ihrer Parteimitgliedschaft die Hoffnung auf

■ Aus den 5000 Toledogetreuen von einst sind im Verlauf des Wahljahres 2001 immerhin 400 000 Parteimitglieder geworden. Wenn auch die meisten Zugänge einzig aus dem Grund erfolgten, dass sie im Falle eines Siegs von Toledo mit ihrer Parteimitgliedschaft die Hoffnung auf einen sicheren Arbeitsplatz verbanden, ist diese Mitgliederkonjunktur zweifellos eine einzigartige Erfolgsgeschichte.

einen sicheren Arbeitsplatz verbanden, ist diese Mitgliederkonjunktur zweifellos eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Dieser in Eilschritten vollzogene Wandel vom „Personenkultfanclub nach lateinamerikanischer Art“ hin zur Massenbewegung hatte die Partei jedoch zugleich in eine tiefe, ja existenzbedrohende Krise gestürzt, die aber erst mit der Demission der Minister und den anstehenden innerparteilichen Wahlen offenbar wurde.

Die Krise der Regierungspartei ohne Regierungsbeteiligung wurde unisono von allen PP-Vorstandsmitgliedern konstatiert, die aber zugleich ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, dass nach den parteiinternen Wahlen Perú Posible wieder an der Regierung teilhaben werde. Klartext hierzu sprach der Ökonom Eduardo McBride, der in der Partei für die Formulierung des Wirtschaftsprogramms verantwortlich gezeichnet hatte: Wenn Toledo früher mit den Experten und Funktionären der Partei zusammengekommen sei, habe er sie immer aufgefordert, sich darauf vorzubereiten, ihm beim Regieren zu helfen. Leider sei diese Expertise nie abgerufen worden. Doch der neue Vorstand werde das Recht der Mitglieder, der Experten und Funktionäre einfordern müssen. Ein anderes Vorstandsmitglied verwies darauf, dass üblicherweise in aller Welt diejenige Partei, die aus den Wahlen als Siegerin hervorgegangen sei, auch ihre eigenen Kader mit den Regierungsgeschäften beauftrage. In Peru indes müsse die Regierungspartei permanent dieses Recht einfordern.

Zwangsläufig warfen diese Entwicklungen die Frage nach Toledos Verhältnis zu seiner eigenen Partei auf. Den allgemeinen Eindruck, das weitere Schicksal seiner Partei sei ihm nun, da er sein langersehntes Ziel der Staatspräsidentschaft erreicht hatte, ziemlich egal, konnten auch die hartgesottensten Toledofans nicht stichhaltig entkräften. Doch auch hierfür gab es eine offizielle Erklärung: Wenn Toledo sich aktiv in Parteiangelegenheiten einmischte, ließe sich dies nicht mehr mit dem Amt des Staatspräsidenten in Einklang bringen. Daher nehme der Staatspräsident die Rolle eines wohlwollenden Beobachters ein. Wenn dem tatsächlich so ist, bleibt allerdings nicht mehr zu fragen, ob, sondern nur noch, wann eine Partei wie Perú Posible, die nicht einmal den Ansatz zu einem gemeinsamen Parteiprogramm aufweist und

■ Den allgemeinen Eindruck, das weitere Schicksal seiner Partei sei ihm nun, da er sein langersehntes Ziel der Staatspräsidentschaft erreicht hatte, ziemlich egal, konnten auch die hartgesottensten Toledofans nicht stichhaltig entkräften. Doch auch hierfür gab es eine offizielle Erklärung: Wenn Toledo sich aktiv in Parteiangelegenheiten einmischte, ließe sich dies nicht mehr mit dem Amt des Staatspräsidenten in Einklang bringen.

als einziges vereinendes Element die Unterstützung des „wohlwollenden Beobachters“ Toledo aufweisen kann, in die Bedeutungslosigkeit abdriftet und letztlich in der politischen Versenkung verschwindet.

Mit der Regierungumbildung im Juli hat Perú Posible es zumindest geschafft, wieder an der Regierungsverantwortung teilzuhaben. Kurz nach der ersten Sitzung des neuen Kabinetts rief der PP-Fraktionschef und neue Ministerratsvorsitzende Luis Solari den Parteivorstand zusammen, um diesen von seiner Ernennung zu informieren. Die Partei habe gewonnen, so Solaris Worte. Jetzt endlich werde Perú Posible regieren, und zwar mit einem Kabinett, das von einem der Parteigründer geleitet werde. Ob es sich wirklich um einen nachhaltigen Sieg der Partei handelt, wird sich wohl erst in den kommenden Jahren erweisen. Sicher aber kann von einem persönlichen Triumph Luis Solaris gesprochen werden, hatte er doch bereits beim Ausscheiden aus seinem Ministeramt im Januar angekündigt, er werde in den Regierungspalast zurückkehren – und zwar durch den Haupteingang und erst dann, wenn sein Erzkonkurrent Dañino nicht mehr dem Kabinett angehören werde.

■ **Das neue Kabinett – gesunde Mischung aus Technikern und Parteipolitikern?**

Die einschneidendsten Änderungen in der Regierung lassen sich wohl am kürzesten mit den drei Namen Roberto Dañino und Pedro Pablo Kuczynski als Ausscheider und Luis Solari de la Puente als dem neuen starken Mann an der Spitze des Kabinetts auf den Nenner bringen. Der neue Personalmix im Ministerrat wird überwiegend als stark parteibezogen gewertet, obwohl es sich bei der Mehrheit der Minister um Politiker verschiedenster politischer Herkunft und weniger um Führungspersönlichkeiten der Regierungspartei handelt. Zudem ging es dem Staatspräsidenten auch darum, das erneuerte Kabinett mit Regierungserfahrung auszustatten und so etwaiger Kritik zuvorzukommen.

Der politisch wichtigste Persönlichkeit ist jetzt ohne Zweifel Luis Solari in seiner Funktion als Vorsitzender des Ministerrates. Der 53-jährige Mediziner ist, wie gesagt, Mitbegründer der Regierungspartei

■ **Die einschneidendsten Änderungen in der Regierung lassen sich am kürzesten mit den drei Namen Roberto Dañino und Pedro Pablo Kuczynski als Ausscheider und Luis Solari de la Puente als dem neuen starken Mann an der Spitze des Kabinetts auf den Nenner bringen.**

Perú Posible und langjähriger, engster Weggefährte Toledos. In die Regierung Toledo trat er als Gesundheitsminister ein, musste aber bereits, wie oben geschildert, nach einem knappen halben Jahr seinen Ministerstuhl räumen. Seitdem hat er als Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Kongress gewirkt. Solari gilt als strenggläubiger Katholik (mit jesuitischer Erziehung); 1997 wurde ihm vom Papst persönlich der Titel eines Priors des Ordens von San Silvestre verliehen. Neben Solari stellt Perú Posible noch vier der insgesamt 16 Minister: den Chef des neu geschaffenen Bauministeriums, Carlos Bruce de Oca (der vorher als Minister des Präsidentialamtes fungierte), den Minister für Verkehr und Kommunikation, Javier Reátegui, den neuen Erziehungsminister Gerardo Ayzanoa sowie die neue Ministerin für Frauen und soziale Entwicklung, Ana María Romero-Lozada, die zugleich dem engsten Umfeld Toledos zugerechnet wird.

■ Eine nicht nur der peruanischen Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeit ist der neue Außenminister Allan Wagner Tizón. Schon zwischen 1985 und 1988 hatte er dieses Amt unter dem sozialistischen Präsidenten Alan García inne. Von 1988 bis 1990 repräsentierte Wagner sein Land als Botschafter in Spanien, danach in Venezuela, wo er aus Protest gegen den Staatsstreich Fujimoris im April 1992 (meistens *autogolpe*, „Selbstputsch“, genannt) von seinem Amt zurücktrat.

Eine andere, nicht nur der peruanischen Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeit ist der neue Außenminister Allan Wagner Tizón. Schon zwischen 1985 und 1988 hatte er dieses Amt unter dem sozialistischen Präsidenten Alan García inne. Von 1988 bis 1990 repräsentierte Wagner sein Land als Botschafter in Spanien, danach in Venezuela, wo er aus Protest gegen den Staatsstreich Fujimoris im April 1992 (meistens *autogolpe*, „Selbstputsch“, genannt) von seinem Amt zurücktrat. Bis zu seiner erneuten Berufung zum Außenminister war er als Botschafter in den USA auf Posten. Seine Ernennung ließ sofort Gerüchte aufkommen, die von einer Annäherung, wenn nicht sogar von einer Kooperationsvereinbarung zwischen Toledo Perú Posible und der linksgerichteten APRA, der Partei Alan Garcías, wissen wollten. Beide Politiker dementierten jedoch umgehend, was angesichts der zu erwartenden politischen Konfrontation zwischen den beiden Parteien im Rahmen der anstehenden Kommunal- und Departementswahlen im November auch durchaus glaubwürdig erscheint.

Bereits zum dritten Mal in seiner politischen Laufbahn wurde der neue Wirtschafts- und Finanzminister Javier Silva Ruete in die Regierungsverantwortung berufen. Der 1935 im Norden Perus geborene Wirtschaftsexperte bekleidete schon 1980 bis 1985 unter Präsident Belaunde sowie in der neunmonatigen

Übergangsregierung von Valentin Paniagua 2000/2001 dieses Amt. Seine Ernennung wurde von wirtschaftlicher Seite mit einer gewissen Beruhigung und Genugtuung aufgenommen: Von ihm erwartet niemand eine generelle Neuorientierung der peruanischen Wirtschaftspolitik.

■ **Hin zu einer neuen Wirtschaftspolitik?**

Die gewalttätigen Aufstände im Süden des Landes, die letztlich den Ausschlag für die ohnehin erwartete Kabinettsumbildung gaben, haben zwangsläufig auch die Frage aufgeworfen, ob die Regierung Toledo eine generelle Kurskorrektur hinsichtlich ihrer Privatisierungspolitik vornehmen werde. Vor allem die finanziellen Folgen eines solchen Politikwechsels wären von elementarer Bedeutung für den künftigen Handlungsspielraum der Regierung Toledo. Denn die Kosten der Sachschäden, die auf das Konto der Randalierer in Arequipa gehen und auf etwa 30 Millionen Euro geschätzt werden, stehen in keinem Verhältnis zu den etwa 175 Millionen Euro an Privatisierungserlösen und angekündigten Entwicklungsinvestitionen, die allein der Region Arequipa möglicherweise nicht mehr zur Verfügung stehen werden (allein der Verkauf der Egesa hätte dem Departement Arequipa 85 Millionen US-Dollar eingebracht, was etwa dem 20-fachen seines jährlichen Haushaltes entspräche). Es geht aber um mehr: nämlich um den Preis, den unter Umständen alle Peruaner bei einer eventuellen Suspendierung des gesamten Privatisierungsprozesses bezahlen müssen.

Das *worst case scenario* (aus Regierungssicht), also der Stopp des Privatisierungsprozesses, würde allein in diesem Jahr ein Haushaltsloch von 466 Millionen US-Dollar hinterlassen, das nur durch radikale Einsparungen – beispielsweise in Form der ersatzlosen Streichung dringend anstehender Infrastrukturvorhaben – gestopft werden könnte. Die Verluste für den Haushalt 2003 würden darüber hinaus noch krasser ausfallen. Das Peruanische Wirtschaftsinstitut (Instituto Peruano de Economía, IPE) geht von einem Einnahmenverlust von 841 Millionen US-Dollar aus, die der Regierung damit auch nicht zur Verfügung stehen würden, um zumindest einen Teil ihrer Wahlversprechen einzulösen.

■ **Die gewalttätigen Aufstände im Süden des Landes, die letztlich den Ausschlag für die ohnehin erwartete Kabinettsumbildung gaben, haben zwangsläufig auch die Frage aufgeworfen, ob die Regierung Toledo eine generelle Kurskorrektur hinsichtlich ihrer Privatisierungspolitik vornehmen werde. Vor allem die finanziellen Folgen eines solchen Politikwechsels wären von elementarer Bedeutung für den künftigen Handlungsspielraum der Regierung Toledo.**

Als eine weitere Konsequenz müsste mit einem erheblichen Rückgang ausländischer Investitionen gerechnet werden. Diese aber sind von elementarer Bedeutung für das peruanische Wirtschaftswachstum im Allgemeinen und insbesondere für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Unsicherheit über die weiteren Entwicklungen haben schon jetzt verschiedene potenzielle Investoren dazu veranlasst, ihre Finanzierungsvorhaben vorerst auf Eis zu legen.

Unter diesen Aspekten ist auch die dringende Warnung des scheidenden Wirtschaftsministers Pedro Pablo Kuczynski verständlich, das neue Kabinett möge sich unter keinen Umständen zu populistischen Maßnahmen hinreißen lassen. Derartige Politiken führten in der Regel zu Inflation und wirtschaftlicher Instabilität. Kuczynski betonte aber gleichzeitig, dass nicht nur er, sondern auch die internationalen Finanzmärkte ein hohes Maß an Vertrauen in seinen Nachfolger Silva Ruete als erfahrenen Ökonomen und Politiker hätten.

Doch Silva Ruete allein wird wohl nicht über die künftige Wirtschaftspolitik entscheiden können. Schon hat sich Ministerratsvorsitzender Solari zu Wort gemeldet und verkündet, dass es zwar keinen Wechsel in den generellen wirtschaftspolitischen Leitlinien geben werde. Im Rahmen der Veräußerungen staatlichen Eigentums werde die Regierung jedoch „substanzielle Modifikationen“ einführen. Insbesondere müssten potenzielle Investoren in Zukunft einen Dialog- und Konzertationsprozess mit der jeweils betroffenen Bevölkerung akzeptieren. Die neue Politik, so Solari weiter, werde auch auf die Interessen der Bürger ausgerichtete soziale und Umweltprogramme beinhalten. In diesem Zusammenhang solle auch die Vergabe von Konzessionen als Privatisierungsalternative in Erwägung gezogen werden. Der Kabinettschef betonte aber auch, die Regierung werde keinesfalls zu ökonomisch umstrittenen Mitteln greifen. Das Volk brauche Gerechtigkeit und nicht Populismus, so Solari wörtlich.

■ Die mit Sicherheit positivste und zugleich spektakulärste Aktion der Regierung Toledo bildete die Unterzeichnung der „Nationalen Übereinkunft“ durch die Vertreter der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Gruppen des Landes am 22. Juli 2002.

■ *Der Acuerdo Nacional* als Erfolg des Jahres

Die mit Sicherheit positivste und zugleich spektakulärste Aktion der Regierung Toledo bildete die Unterzeichnung der „Nationalen Übereinkunft“ durch

die Vertreter der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Gruppen des Landes am 22. Juli 2002.

Nach monatelangen Vorbereitungen durch Toledo's Regierungsteam fiel am 5. März der Startschuss für die sogenannte *concertación* zur nachhaltigen Entwicklung Perus. In einem feierlichen Akt unterzeichneten Staatspräsident Toledo und 14 hochrangige Vertreter von Politik und Gesellschaft einen gegenseitigen Verpflichtungstext, der die *concertación* zu einer offiziellen Angelegenheit der peruanischen Nation machte.

Die Idee, die dieser „konzertierten Aktion“ zugrunde lag, war vom Staatspräsidenten schon zu Beginn seiner Amtszeit formuliert worden: Nach den zehn Jahren autokratischer Fujimori-Herrschaft müsse das neue Peru auf stabilen demokratischen und rechtsstaatlichen Fundamenten aufgebaut, die damit einhergehenden institutionellen Reformen in die Wege geleitet und endlich auch der Kampf gegen die alles überdeckenden Strukturprobleme Armut und Arbeitslosigkeit aufgenommen werden. Diese zentralen Herausforderungen könnten aber nur dann ernsthaft und wirkungsvoll in Angriff genommen werden, wenn sich nicht nur die Regierung, sondern *alle* politischen und gesellschaftlich relevanten Kräfte *gemeinsam* zur Realisierung der anstehenden Aufgaben verpflichteten. Und um gleichzeitig die Durchführung und Nachhaltigkeit der Reformen zu gewährleisten, sollten darüber hinaus auch die kommenden Regierungen an die Umsetzung der *concertación* gebunden sein.

Neben der Gruppe der 15 Unterzeichnenden, die sich aus dem Staatspräsidenten selbst und den Vertretern der katholischen Kirche, der großen Parteien sowie der relevanten gesellschaftspolitischen Interessenvertretungen zusammensetzte, nahmen alle Minister, die Generalität, hohe Repräsentanten aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft sowie hochrangige internationale Gäste teil. Eine protokollarisch herausragende Rolle spielte hierbei der auf einem Arbeitsbesuch in Lima weilende deutsche Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer; nicht zuletzt seine Anwesenheit gab der Zereemonie eine Art „internationalen Segen“.

Die Demokratie liege in der Verantwortung aller Demokraten, mit oder ohne Parteien, innerhalb oder

■ Die Idee, die der „konzertierten Aktion“ zugrunde lag, war vom Staatspräsidenten schon zu Beginn seiner Amtszeit formuliert worden: Nach den zehn Jahren autokratischer Fujimori-Herrschaft müsse das neue Peru auf stabilen demokratischen und rechtsstaatlichen Fundamenten aufgebaut, die damit einhergehenden institutionellen Reformen in die Wege geleitet und endlich auch der Kampf gegen die alles überdeckenden Strukturprobleme Armut und Arbeitslosigkeit aufgenommen werden.

außerhalb der Regierung, von Seiten des Staates oder der Zivilgesellschaft, stellte Staatspräsident Toledo in seiner zentralen Ansprache fest. Dies wurde durchaus als eine Einladung an die Opposition interpretiert, in einem Klima des sozialen Unfriedens aktiv an der Konzertation teilzuhaben. Nicht umsonst hieß es im Verpflichtungstext: „Wir setzen uns dafür ein, dass dieser nationale Dialog sich realisiert in einem Klima des politischen Friedens und der Freiheit, in dem die Rechte aller respektiert, die staatsbürgerliche Verantwortung gestärkt und jegliche Art von Gewalt – woher sie auch immer kommen möge – verurteilt werden, da Gewalt mit dem Geist eines authentischen Prozesses des nationalen Dialogs unvereinbar ist.“

■ Mit dem gesamten Konzertationsprozess stellte die Regierung Toledo in beeindruckender Weise ihre organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis.

Mit dem gesamten Konzertationsprozess stellte die Regierung Toledo in beeindruckender Weise ihre organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis. So hatte Staatspräsident Alejandro Toledo bereits kurz nach seiner Amtsübernahme im Juli des vergangenen Jahres Einzelgespräche mit den Führern der verschiedenen politischen Bewegungen aufgenommen, um über den Rahmen der täglichen Regierungspolitik hinaus Zustimmung für seine im Allgemeinen einfach und einleuchtend formulierten politischen Vorhaben zu gewinnen. Nachdem ihm hierbei von den verschiedensten Seiten Unterstützung signalisiert worden war, wurden in einer zweiten Etappe insgesamt 400 von nationalen wie internationalen Experten ausgearbeitete Vorschläge zur Realisierung der *concertación* gesammelt und systematisiert. Nach erneuten, diesmal gemeinsamen Treffen mit den Parteispitzen einigte man sich dann auf die vier Schwerpunkthemen „Demokratie und Rechtsstaat“, „Verteilungs- und soziale Gerechtigkeit“, „wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit des Landes“ und „effizienter Staat, Transparenz und Dezentralisierung“, die im Rahmen von Themenforen in den folgenden Monaten bearbeitet wurden. Hierbei waren alle Parteien und die wichtigen gesellschaftlichen Interessengruppen mit Delegierten vertreten. Nach Beendigung der Debatte in diesen Foren wurden die Ergebnisse verbreitet, um auf regionaler und lokaler Ebene von den Bürgern selbst diskutiert zu werden. Die Bürger nutzten dann auch die Möglichkeit, ihre Vorschläge über eine kostenfreie Telefonleitung bzw. über die Internetseite www.acuerdonacional.gob.pe unmittelbar an die Ko-

ordinierungsstelle der *concertación* zu übermitteln. Schließlich wurden alle Vorschläge in einem zentralen „Forum der Regierbarkeit“ (Foro de Gobernabilidad) gesammelt, geordnet und diskutiert und so in einem demokratischen und transparenten Verfahren die „Nationale Übereinkunft“ (Acuerdo Nacional) zur Konsolidierung von Demokratie, Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit und zum Kampf gegen die Armut erzielt.

Alejandro Toledo hat am 22. Juli mit der feierlichen Unterzeichnung des von allen Seiten hochgelobten und als historische Vereinbarung bezeichneten Acuerdo Nacional zweifellos sein bisheriges innenpolitisches Meisterstück abgegeben, das ihm sicher auch dabei helfen wird, sich endlich aus seinem langwährenden Popularitätstief herauszukämpfen. Aber auch international erfuhr der Acuerdo höchste Anerkennung, was durch die Anwesenheit internationaler Gäste wie des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten, OAS, César Gaviria, beim Festakt eindrücklich untermauert wurde.

Bei aller vordergründigen historischen Dimension kann der gesamte Konzertationsprozess aber auch von einem nüchternen und – für den Staatspräsidenten und seine Regierung – praktischen Standpunkt aus betrachtet werden: Denn der Hintergedanke, der der *concertación* und dem Acuerdo Nacional zugrunde gelegt werden kann, ist ebenso einfach wie genial: Mit ihnen werden alle im Kongress vertretenen Parteien gleichermaßen in die Pflicht genommen, und bei einem Scheitern der eigenen Regierungspolitik lässt sich so die Schuld auf andere, insbesondere oppositionelle Schultern verteilen. Gerade aber für die beiden großen Oppositionsparteien APRA und Unidad Nacional war eine Nichtteilnahme aufgrund der zentralen Bedeutung der Herausforderungen, die mit dem Acuerdo Nacional bewältigt werden sollen, praktisch unmöglich, wollten sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, aus rein machtpolitischen Erwägungen heraus die Zukunft des Landes aufs Spiel zu setzen.

Mit diesen durchaus berechtigten Überlegungen soll der Erfolg des Acuerdo Nacional jedoch in keiner Weise geschmälert werden. Immerhin handelt es sich um ein denkwürdiges Ereignis, wenn sich in einem Land, dessen politische Kultur sich vor allem

■ Alejandro Toledo hat am 22. Juli mit der feierlichen Unterzeichnung des von allen Seiten hochgelobten und als historische Vereinbarung bezeichneten Acuerdo Nacional zweifellos sein bisheriges innenpolitisches Meisterstück abgegeben, das ihm sicher auch dabei helfen wird, sich endlich aus seinem langwährenden Popularitätstief herauszukämpfen.

durch Egoisten und Kurzfristigkeit definiert, alle relevanten demokratischen Kräfte zusammenzun, um gemeinsam eine Übereinkunft zu erarbeiten, die die langfristige demokratische Entwicklung von Staat und Gesellschaft zum Inhalt hat.

Insgesamt sind 29 Politikfelder bzw. Zielsetzungen in diesem Masterplan enthalten, zu deren nachhaltiger Umsetzung sich alle Unterzeichner verpflichtet haben. Die folgende Auflistung gibt nicht den gesamten Text, sondern nur eine stichwortartige Zusammenfassung des Acuerdo Nacional wieder:

„Demokratie und Rechtsstaat“:

1. Stärkung des demokratischen Systems und des Rechtsstaates
2. Demokratisierung des öffentlichen Lebens und Stärkung des Parteiensystems
3. Festigung der nationalen Identität
4. Institutionalisierung des Dialogs und der Konzentration
5. Verantwortlichkeit der Regierung für strategische Planung, nationale Perspektiven und transparentes Handeln
6. Außenpolitik als Beitrag zu internationalem Frieden, Demokratie, Entwicklung und Integration
7. Überwindung von verbrecherischer Gewalt und Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit
8. Politische, wirtschaftliche und administrative Dezentralisierung als Beitrag zu integraler, harmonischer und nachhaltiger Entwicklung
9. Politik der Nationalen Sicherheit

„Verteilungs- und soziale Gerechtigkeit“

1. Reduzierung der Armut
2. Gleichheit im Zugang zu Daseinschancen ohne Diskriminierung
3. Allgemeiner Zugang zu einer kostenlosen öffentlichen, qualitativ hochwertigen Bildung sowie Unterstützung der nationalen Kultur und des Sports
4. Allgemeiner Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und zu sozialer Sicherheit
5. Zugang zu würdiger und sicherer Beschäftigung
6. Gewährleistung von Nahrungssicherheit
7. Stärkung der Familie und insbesondere Schutz von Kindern und Jugendlichen

„Wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit des Landes“

1. Bestätigung des Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft
2. Suche nach Konkurrenzfähigkeit, Produktivität und der Formalisierung wirtschaftlicher Aktivität
3. Nachhaltige Entwicklung und Umweltmanagement
4. Entwicklung von Forschung und Technologie
5. Weiterentwicklung der Infrastruktur und des Wohnungsbaus
6. Außenwirtschaftspolitik zur Eröffnung neuer Märkte
7. Politik zur Agrarentwicklung

„Effizienter Staat, Transparenz und Dezentralisierung“

1. Stärkung des transparenten und effizienten Staates
2. Sorgfältiger Umgang mit den Streitkräften und ihrem Dienst für die Demokratie
3. Unterstützung von politischer Ethik und Transparenz sowie Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Schmuggel in all seinen Formen
4. Bekämpfung der Produktion jedweder illegaler Drogen, des Handels mit ihnen und ihres Konsums
5. Uneingeschränkte Geltung der Verfassung und der Menschenrechte
6. Garantie des freien Zugangs zu Informationen, der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit